

Das Europäische Statistische System



Bereits in den Anfangszeiten der Europäischen Gemeinschaft war man sich darüber einig, dass Entscheidungen zu den und die Umsetzung der politischen Maßnahmen der Gemeinschaft auf verlässlichen und vergleichbaren statistischen Daten beruhen müssen. Aus diesem Grund wurde das Europäische Statistische System (ESS) schrittweise mit dem Ziel aufgebaut, qualitativ hochwertige, vergleichbare, zeitnahe und verlässliche statistische Daten auf EU-Ebene bereitzustellen.



Tatsächlich ist das Europäische Statistische System die Partnerschaft zwischen Eurostat (dem statistischen Amt der Europäischen Union) und den nationalen statistischen Ämtern in den EU-Mitgliedstaaten und den EFTA-Staaten. Die nationalen statistischen Ämter erfassen Daten und stellen Statistiken für nationale und EU-Zwecke zusammen.

Das ESS fungiert als Netzwerk, in dem es die Rolle von Eurostat ist, in enger Zusammenarbeit mit den nationalen statistischen Ämtern Statistiken zu standardisieren. Die Tätigkeit des ESS konzentriert sich vorrangig auf Bereiche der EU-Politik - aber die Standardisierung wurde seit der Ausweitung der EU-Politik auf nahezu alle statistischen Felder erweitert.

Herzstück des ESS ist der Ausschuss des Europäischen Statistischen Systems (AESS), der durch die Verordnung (EG) Nr. 223/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2009 über europäische Statistiken gegründet wurde. Dieser Ausschuss, unter Vorsitz von Eurostat, hat die Aufgabe, dem ESS eine professionelle Anleitung zu geben, indem er europäische Statistiken entwickelt, erstellt und verbreitet, und er wird u.a. zur Entwicklung neuer Statistiken und zu methodologischen Fragen konsultiert.



Das ESS kooperiert mit anderen Diensten, Agenturen der Kommission und mit der Europäischen Zentralbank, mit den Erweiterungsländern und mit Ländern, die unter die europäische Nachbarschaftspolitik fallen, sowie mit internationalen Organisationen, wie z. B. der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Vereinten Nationen, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank.